

Reichsward

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Der Reichsward erscheint jeden Samstag. - Neugegründet durch die Volkspartei. - Band 11. Ausgabe 8 monatlich 1.- DM. - Einzelheft 25 Pfennig. - Ausland: Vierteljährlich 1 Dollar. - Anzeigen-Preise: Für die 9 gespaltene Zeilen-Beilage 15 Goldpfennige die ganze Seite 200 DM.

Graf E. Reventlow

Bei Platzverfall entsprechend Aufsicht. Kavaliar nach Carl. Bestellungen nehmen alle Postämter. Zuhandlungen sowie der Verlag „Der Reichsward“ 6, m. B. D. Berlin 6 17, Markgrafendamm Nr. 11, entgegen. - Fernsprecher: Andre 0870, Hoffschek-Konto: Berlin 88714. Unverlangt Manuskripte in Rückporto beizulegen.

Abwehrhafte Volksvertreter

„Verrat an Südtirol!“

Ein Beispiel aus den letzten acht Tagen

Die jüdische Presse schreibt: Ich hätte in meiner Reichswardrede vom 20. Oktober 1930 Südtirol bzw. die südtiroler Frage als „alle Kamellen“ bezeichnet. Diese Behauptung ist durchaus unwahr.

Auf meine Feststellung in der Rede, daß die italienische Sympathie mit der Machtzunahme der Nationalsozialisten eine Grundfrage für künftige politische Erfolge darstelle, erfolgte von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf: „Verrat an Südtirol“. Auf diesen Zwischenruf antwortete ich: „Was wollen Sie mit diesen allen Kamellen! Ich habe gestern noch hier im Hause mit südtiroler Herren gesprochen und ihnen, als sie mich nach unserer Politik fragten, gesagt: Wir sind der Ansicht, daß eure Lage sich am ehesten bessern könnte, am ehesten erleichtert werden wird, wenn wir freundliche, vertrauensvolle Beziehungen mit Italien unterhalten.“

Als alle Kamellen habe ich also nicht Südtirol bezeichnet, sondern den unaufhörlich wiederholten, ebenso dummen wie perfiden Vorwurf: Wir üben Verrat an Südtirol.
Graf E. Reventlow.

Der Führer der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Reichstage, der Prälat Leicht, beklagte in seiner Rede zur Regierungserklärung traurig und bitter, daß die großen Kartelle ihre Macht mißbrauchten, um nach eigener Willkür Mindestpreise für ihre Erzeugnisse festzusetzen. Da, meinte der Prälat, müsse die Regierung Wandel schaffen. Die Bayerische Volkspartei ist ja höchst sozial sorgender Freund des arbeitenden Volkes, also wie hätte sie solchen Mißbräuchen gleichgültig oder anders als klärend und fordernd gegenüberstehen können?

Als der Herausgeber des „Reichswards“ diese wahrhaft schönen Worte hörte, fragte er den Prälaten während seiner Rede, ob denn keine Partei 1926 gegen den „Eisenpakt“ gestimmt habe. Der Prälat schien sich zuerst nicht zu befinden, dann meinte er: im Reichstage sei darüber nicht abgestimmt worden. Der Herausgeber des „Reichswards“ erwiderte den Tatsachen gemäß: freilich, im Plenum des Reichstages nicht, wohl aber im vereinigten wirtschaftlichen und auswärtigen Ausschuss. Hieraus hin verweigerte der Führer der Fraktion der Bayerischen Volkspartei die Antwort, mit der originellen Begründung: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei werde auch auf manche Fragen nicht antworten.

Leider ist dieses kleine Intermezzo spurlos im Reichstage vorübergegangen, und daß die Mehrheitsparteien in ihrer Presse nichts davon sagten, bedarf wohl keiner Begründung. Gleichwohl verdient die Angelegenheit ein bedeutendes Interesse, sie ist auch für die meisten parlamentarischen Parteien ein typisches Beispiel.

Die älteren Reichsmarktleiter werden sich entsinnen, wie hier im Jahre 1926 jener „Eisenpakt“ und seine Erörterung in den Reichstagsausschüssen besprochen wurde. Es handelt sich, kurz zusammengefaßt, um das folgende: Die Ausschüsse des Reichstages sollten befinden und abstimmen über die Bildung eines Riesenkartells der schweren Industrien Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und Deutschlands. In den Ausschüßberichterstattungen stellten die Juchseute der Fraktionen, u. a. für die Deutschnationalen Dr. Reichert, für die Volkspartei der Abgeordnete von Raumer, fest: dieser Trubel werde so hart sein, daß der deutsche Staat ihm machtlos gegenüberstehen werde. Darin waren sich alle einig. Auf unsere Frage, warum jene Parteien denn zu einem solchen riesigen kapitalistischen Machtgebilde antisozialer Natur ihre Zustimmung zu geben vernünftigen, erfolgte lediglich die Erwiderung: so sei nun einmal die „Entwicklung“. Kurz, es stimmten außer den Nationalsozialisten alle Fraktionen für diesen ungläublichen arbeitnehmerfeindlichen kapitalistischen Zusammenschluß, der die Macht offensichtlich inne hatte, die Mindestpreise seiner Erzeugnisse festzusetzen, wie er wollte. Schon um die Jahreswende 1926/27 mußte der damalige deutsche Arbeitsminister, der Zentrumsmann Brauns, gelegentlich der großen Arbeiteraus-

sparungen im Reichstage feststellen, daß der Trubel sogar in solcher Situation seine Preise trotz aller Vorstellungen und Forderungen der Regierung erhöhte; ein Vorgang, der bewies, daß wir recht gehabt hatten mit der Behauptung, daß das Kartell seine Macht rücksichtslos gegen Staat und Arbeitnehmererschaft ausnütze würde. Auch das Zentrum hatte ebenso, wie die Bayerische Volkspartei, für das deutsche Einverständnis zur Bildung jenes Kartells bestimmt, obgleich, wie immer wieder betont werden muß, kein Mensch sich über die Folgen im Unklaren sein konnte.

Die Frage, wie gerade Parteien, die großen Wert darauf legen, als sozial, als Arbeiterpartei zu gelten, sich so verhalten konnten, gestattet nur die eine Antwort: sie alle sympathisierten mit dem Kapital und dem Kapitalismus oder wagten nicht, sich seinen Wünschen und Interessen zu widersetzen. Wir haben damals die Schlussfolgerung gezogen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die einzige tatsächlich antikapitalistische sei, während die anderen Parteien von sozialen Parolen überfließen und, während ihr Mund so sprach, die kapitalistische Fesselung der Arbeitnehmererschaft tatkräftig noch fester schmiedeten.

Es ist natürlich gar keine Frage, daß die Bayerische Volkspartei diese Rolle klar und bewußt gespielt hat und weiter spielt. Wenn ihr Führer Fürstjorge verlangte, der Staat solle den Kartellen unendlich machen, selbstherrlich Mindestpreise festzusetzen, so rechnete er auf die Bergeshöhe, und um so mehr, weil jene Verhandlung sich auf den Ausschuss des Reichstages beschränkt hatte und im Plenum nicht erfolgt war. Daß der Abgeordnete Leicht selbst aber genau Bescheid wußte und sich erinnerte, bewies seine Ausflucht, die in der Tat nicht kläglich sein konnte: auch die Nationalsozialisten würden wohl manche Fragen haben, auf die sie nicht antworten würden. Er hat also nicht umhin können, die grobe volksfeindliche Heuchelei jener Stelle in seiner Rede zuzugestehen. Das schlechte Gewissen war gleich offensichtlich.

Dieses ist eine Situationsprobe! Wieviele hunderte von Malen gehen, gerade in den Parlamenten, solche Dinge vollkommen unbemerkt vor sich. Der Zynismus des Mandatars ist in diesem Falle um so bemerkenswerter, als es sich um eine Partei handelt, die sich als autorisierte Vertreterin von Christentum und Kirche hinstellt und als eine solche angesehen zu werden beansprucht. Der parlamentarische Volksbetrug kann nicht drastischer vor Augen gestellt werden, als eben durch dieses Beispiel. Man sollte, besonders auch in Bayern, und vor den dort kommenden Wahlen recht ausgiebig an diesem Beispiel aus dem Leben“ erläutern, wie die Bayerische Volkspartei spricht, und wie sie hinter den Kulissen parlamentarischer Ausschüsse tatsächlich handelt.

Inhalt:

Zur Pause — Schicksal — Glauben und Geschichte — Jungbrustentum

Berlin exportiert Verbrecher — Auch in Amerika judengegnerische Sommerfrischen — Judengegner in aller Welt — Ueberlicht der Weltreimaurerei.

Gegen Versailles!

Eine Reihe von Fraktionen des Reichstages haben zu dessen neuerlicher Tagung Anträge gestellt auf: Einstellung der Zahlungen des Youngplanes, ferner: Ausnutzung der Schutz- und Revisionsmöglichkeiten des Youngplanes, ferner: Einleitung von Verhandlungen über eine Revision des Youngplans, ferner: Zahlungsausschub für die Zahlungen aus dem Youngplan usw. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei allein hat den Antrag gestellt auf Aufhebung des Versailleser Vertrages und der Tributverträge.

Es steht dahin, wann die Beratung der Anträge in der Vollversammlung des bis zum Dezember verlagten Reichstages stattfinden wird, und wie dann die Lage sein wird. Wenn man diese Tatsache ins Auge faßt, so zeigt sich, daß der nationalsozialistische Antrag allein unbedingten Dauernwert besitzt und damit eine politische Bedeutung, die von wechselnden Verhältnissen in Deutschland und in anderen Ländern nicht abhängig ist.

Die übrigen Anträge beziehen sich ausschließlich auf den Youngplan. Dieser steht aber bellamlich auf dem Versailleser Vertrag, und zwar im besonderen auf der Schuldfrage: der Behauptung, daß Deutschland den Weltkrieg gewollt, vorbereitet und aus eigenem Willen entfesselt habe und deshalb für alle aus seinem „Angriff“ erwachsenen Schäden aufzukommen, sie „wiedergutzumachen“ habe; Reparationen — Wiedergutmachung, davon ist das in den internationalen Sprachgebrauch übergegangene Sagenwort von den „Reparationen“, die Deutschland zu leisten habe, abgeleitet worden. Wir stehen da auf einem anderen Standpunkt, als die große Mehrzahl der anderen Parteien, nämlich derjenigen, denen die „Kriegsschuldfrage“ im Grunde nichts anderes bedeutet, als eine ärgerliche Befähigung und Beunruhigung mit einer Angelegenheit, für die sie selbst nicht die geringste Empfindung besitzen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß es sich hier mit der Ehrenfrage um eine ganz bedeutungsvolle Sache handle, daß es eine Ehre für ein Volk überhaupt nicht gäbe, und daß ein Aufwerfen der Ehrenfrage in Gestalt in Bekämpfung der Schuldfrage Deutschlands zu anderen sonst so erfreulichen Beziehungen Deutschlands zu anderen Mächten sein könnte. Die ganze Welt wisse außerdem ja, daß Deutschland „nicht allein schuldig“ am Weltkriege gewesen sei, daß auch die anderen Mitschuld trügen, und so werde sich im Laufe der Zeit durch die allgemein zunehmende Vernunft in den verschiedenen Staaten die Schuldfrage ganz von selbst erledigen. Wir nehmen da bellamlich einen durchaus anderen Standpunkt ein. Einmal gibt es in der Tat auch für ein Volk eine Ehre, und zwar nicht allein einen Ehrbegriff. Die Ehre einer Nation ist, abgesehen von allem anderen, ein höchst realer und als solcher ein sehr höchster Wert, der andererseits mit dem nationalen Gefühl überhaupt steht und fällt. Das ist keine deutsche Sentimentalität, keine Phrase. Nationen, wie die praktischen und realistischen Briten, vollends die Franzosen, haben die nationale Ehre stets zur Richtschnur und zum Boden auch

ihrer politischen Handlungen und Haltung gemacht, ganz unbekümmert, ob darüber irgendwelche sonst zu erreichende Vorteile verloren gehen könnten.

Nun ist unserer Ansicht nach die deutsche Ehre hier zweifach mit betroffen: einmal durch die lägenhafte Behauptung, daß Deutschland den Weltkrieg gewollt habe, ferner durch die Tatsache, daß eine deutsche Regierung und Volksvertretung diese Grundzüge des Versailleser Vertrages durch ihre Unterzeichnung anerkannt hat, obgleich sie als das Gegenstück wußten. Als zweites, rein reales Moment, kommt hinzu, daß auf dieser anerkannten Schuldfrage tatsächlich die gesamten Deutschland im Versailleser Vertrag auferlegten Bedingungen stehen; alle! Natürlich gehören dazu in erster Linie auch die „Reparationen“, sei es in ihrer früheren Form der Dawesgeleihe oder jetzt der Younggeleihe, auch deren „moralische“ Begründung ist die Lüge von der Schuld-Deutschlands am Kriege. In der Denkschrift der „Sachverständigen“ ist das ausdrücklich festgesetzt worden, bei der Vertagung des Youngplanes in Paris wurde von der Pariser Presse einmütig mit der immer wiederholten Forderung begleitet, bis die deutschen Delegierten völlig nachgaben: Deutschland habe den Krieg gewollt und entfesselt, daran müßten sich die Delegierten erinnern, und habe nunmehr zu bezahlen.

Die Nachrichten der letzten Woche machen nicht unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten ein allgemeines Kriegsschuld moratorium eintreten lassen wollen, also ein schwebendes Aussetzen der Zahlungen ihrer Kriegsschuldner. Durch die gleichzeitig mit dem Festlegen des Youngplans bewirkte Verbindung der internationalen Kriegsschulden mit den sogenannten Reparationen sind die Vereinigten Staaten von Amerika tatsächlich einer der Hauptgläubiger Deutsch-

lands geworden. Ein amerikanisches Moratorium in den Kriegsschulden würde damit also Deutschland in erster Linie betreffen und, mindestens für eine gewisse Zeit, geldlich und wirtschaftlich erleichtern. Eine solche Erleichterung zugegeben, würde das Moratorium doch immer nur einen Aufschub, eine Pause, bedeuten, und daneben steht, vorläufig jedenfalls, keineswegs fest, ob auch ein wirklicher Erlass dabei gedacht ist, oder ob nicht vielmehr, wie der Youngplan vorsieht, im Falle der Notwendigkeit eines Moratoriums nachher alles mit Zinsen nachzubahlen ist. Genug, das bleibt abzuwarten. In diesem Augenblick wollen wir nur sagen, daß ein Moratorium, ausgesprochen seitens des großen Kriegsschuldengläubigers Amerika, sich ausschließlich in gesellschaftlichen Erwägungen begründen würde. Diese Erwägungen würden, kurz ausgedrückt, den Gedanken bedeuten, daß der Gläubiger schlecht fährt, wenn er seinen Schuldner, erliegen, verhungern läßt oder, wie sich jene Dawesdenkschrift schon ausdrückte: man dürfe die Gans nicht töten, welche die goldenen Eier zu legen habe.

Es erübrigt sich, daß Reichstagsanträge der Parteien, die sich auf ein Moratorium beziehen oder auch auf die Younggeleihe als solche, durch Eintritt eines Moratoriums infolge amerikanischer Initiative gewissermaßen aus den Angeln gehoben, jedenfalls ihrer sonst möglicherweise vorhanden gewesenen Stoßkraft beraubt würden. Demgegenüber steht der nationalsozialistische Antrag, der sich gegen den Versailleser Vertrag im ganzen richtet, auf eigenen Füßen und mit diesem auf ganz festem Boden, ist dabei vollkommen elastisch und gestattet überall da zu beginnen, wo die Notwendigkeit für Deutschland am dringendsten, ohne daß damit die nationalsozialistische Forderung im mindesten beeinträchtigt würde.